

BR Jugoslawien

Gesamteinschätzung

Die jugoslawische Wirtschaft ist im Jahr 2000 gemessen am BIP real um 8,4% gewachsen. Die wirtschaftliche Dynamik hat allerdings im zweiten Halbjahr deutlich nachgelassen. Die folgenden Angaben beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf reale Größen und ohne Berücksichtigung des Kosovo. Das Wachstum wurde getragen von der industriellen Produktion, die auf Jahresbasis um 10,9% expandierte, während im ersten Halbjahr noch knapp 20% erreicht wurden. Im ersten Quartal 2001 lag die industrielle Produktion sogar um 0,7% unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Landwirtschaft, in den vergangenen Jahren regelmäßig eine Stütze der Wirtschaft, hatte unter ungünstigen klimatischen Bedingungen zu leiden und einen Produktionseinbruch von 19,7% zu verzeichnen. Für 2001 wird mit einem Wirtschaftswachstum von nur rd. 5% gerechnet, da die Mitte 2000 einsetzende rückläufige Entwicklung vermutlich frühestens im dritten Quartal überwunden werden kann, wenn sich der Zufluss ausländischen Kapitals verstärkt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt reflektiert die nachlassende Dynamik. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich zum Jahresende auf 28,8% erhöht, der deutlich rückläufigen Beschäftigung im vergesellschafteten Sektor stehen als Lichtblick jedoch Beschäftigungsgewinne im Privatsektor gegenüber. Würden alle unproduktiven Arbeitnehmer arbeitslos, wäre mit einer Rate von rd. 70% zu rechnen, was die wirtschaftliche Situation des Landes zum Ausdruck bringt. Eine rasche Besserung auf dem Arbeitsmarkt erscheint ausgeschlossen, zumal die internationale Geberkonferenz für Jugoslawien, die für den 1. Juni geplant war, verschoben wurde und der Zufluss substanzieller Finanzhilfen dadurch verzögert wird.

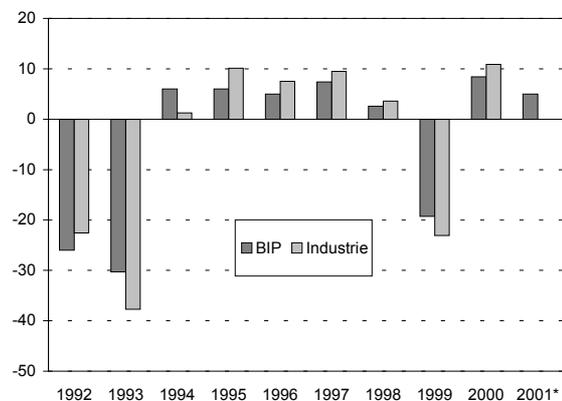
Auf der Habenseite der neuen Regierung stehen die Aufhebung der Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft sowie der wieder eröffnete Zugang zu den internationalen Finanzorganisationen. Dies öffnet die Tür zu Umschuldungsverhandlungen, die bei einer externen Verschuldung von rd. 12,2 Mrd. USD von existenzieller Bedeutung sind. Im Inneren wird der erforderliche Strukturwandel durch ein neu erarbeitetes Privatisierungsgesetz initiiert. Innerhalb von vier Jahren sollen alle großen Unternehmen in staatlichem oder gesellschaftlichem Eigentum (rd. 7.000) in private Hände überführt werden. Ausländische Investoren können 75% an zu privatisierenden Betrieben übernehmen, der Rest wird zu gleichen Teilen auf dem Kapitalmarkt an Beschäftigte und Dritte verkauft.

Produktion und Verwendung des BIP

Das BIP erhöhte sich im Jahr 2000 real um 8,4%, nachdem im Vorjahr noch ein drastischer Rückgang von 19,3% zu verzeichnen war. Angeführt wurde die wirtschaftliche Erholung nach dem Ende des Kosovo-Konflikts und der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien von der industriellen Produktion, die im Jahresverlauf allerdings eine deutlich rückläufige Tendenz aufwies. Die Industrieproduktion expandierte auf Jahresbasis um 10,9%, nachdem im Vorjahr ein Einbruch von 24,1% zu verzeichnen war. Im Jahr 2000 lag die Industrieproduktion um 70,2% unter dem in 1989 realisierten Niveau. Im ersten Halbjahr 2000 konnte die Industrie noch ein Produktionsplus von knapp 20% erzielen. Die Industrieproduktion hat in Serbien um 11,4% zugenommen, in Montenegro nur um 3,7%. Zurückzuführen ist die deutlich divergierende Entwicklung zwischen den beiden Teilrepubliken darauf, dass Montenegro vom Kosovo-Konflikt erheblich weniger betroffen war als Serbien und damit der Basiseffekt weniger stark ausgeprägt war als in Serbien. Alle Industriebranchen registrierten einen höheren Ausstoß als im Vorjahr. Die höchsten Zuwächse verzeichneten die Branchen

Nicht-Metalle und Baumaterialien (30,1%), die geringsten die Nahrungsmittelindustrie und Tabak mit 0,2%.

Reale Entwicklung des BIP und der Industrie
gg. Vorj. in %



* Prognose.

Die zur Jahresmitte 2000 einsetzende wirtschaftliche Schwächephase setzte sich auch im laufenden Jahr fort. Im ersten Quartal 2001 war die industrielle

Produktion um 0,7% gegenüber dem Vorjahrszeitraum rückläufig. Wiederum war zwischen Serbien und Montenegro eine divergierende Entwicklung festzustellen. Während in Montenegro ein Produktionszuwachs um 1,5% registriert wurde, verzeichnete Serbien ein Minus von 0,8%. Die kontinuierliche Entwicklung Montenegros steht in auffallendem Gegensatz zu der volatilen Situation in Serbien. Neben den Auswirkungen der NATO-Luftangriffe, die beide Teilrepubliken in sehr unterschiedlichem Ausmaß betrafen, war in der serbischen Wirtschaft gegen Ende und nach der Ära Milosevic eine zunehmende Desorganisation der Wirtschaft zu beobachten. Zudem traten mit der Auflösung der strikten Kommandostrukturen die Probleme der Wirtschaft in den Vordergrund, die auf die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zurückzuführen sind: eine völlig unzureichende Kapitalausstattung der Betriebe, Unterauslastung der Produktionskapazitäten und Illiquidität weiter Teile der Wirtschaft. Unter den gegebenen Umständen ist das von der Regierung formulierte Ziel eines Wachstums des BIP von 5% im laufenden Jahr nur zu erreichen, wenn Finanzhilfen in bedeutendem Ausmaß von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Dies setzt eine rasche Einberufung der Geberkonferenz für Jugoslawien mit der Zusage und schnellen Freigabe von Finanzhilfen – die Regierung erwartet über eine Mrd. USD noch in diesem Jahr – voraus. Die zunächst auf den 1. Juni angesetzte Geberkonferenz in Brüssel wurde inzwischen wegen der mangelhaften Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag auf den 29. Juni vertagt, was zugleich eine Verschiebung des wirtschaftlichen Aufschwungs bedeutet. Jede weitere Verzögerung müsste zu einer Revidierung der Wachstumsprognose für das laufende Jahr führen.

Die Landwirtschaft, in den neunziger Jahren stets eine Stütze der Wirtschaft, hatte 2000 unter den Folgen einer lang anhaltenden Trockenheit in der Region sowie unter Überschwemmungen zu leiden und fuhr eine Missernte ein. Die landwirtschaftliche Produktion war um 19,7% rückläufig. Der Anteil der Landwirtschaft und der landwirtschaftsnahen Industriebranchen am BIP wird auf beinahe 50% geschätzt. Die Produktion in den Genossenschaften und Staatsgütern war mit einem Einbruch von 24% stärker betroffen als private Landwirtschaften, die einen Produktionsrückgang von 19% registrierten. Die vergleichsweise leistungsfähige private Landwirtschaft leidet unter einer mangelhaften technischen Ausstattung, während die genossenschaftlichen und staatlichen Betriebe über eine gute Versorgung mit Landwirtschaftstechnik verfügen.

Ausgesprochen positiv haben sich dagegen die Bauwirtschaft sowie Transport und Kommunikation entwickelt. In der Bauwirtschaft haben sich die Umsätze nominal um 155,3% erhöht. Es sind 15,2% mehr Stunden als im Vorjahr gearbeitet worden. Zugleich ist die Beschäftigung in der Bauwirtschaft

um 1,8% zurückgeführt worden, was auf enorme Überkapazitäten hindeutet. Der Sektor Transport und Kommunikation hat real sogar um 26% expandiert. Der Dienstleistungssektor, im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten noch immer unterentwickelt, hat seine Stellung ausbauen können.

Daten über die Verwendung des Sozialprodukts liegen nicht vor. Die Investitionstätigkeit ist jedoch seit mehr als einem Jahrzehnt auf einem Niveau, das selbst zur Erhaltung des Kapitalstocks völlig unzureichend ist. Im Jahr 2000 sollte sich daran nichts geändert haben, da dies die finanzielle Situation der Betriebe nicht zulässt. Die ausländischen Direktinvestitionen sind im Jahr 2000 vom Kurswechsel in Belgrad ebenfalls noch unbeeindruckt geblieben und haben sich auf rd. 50 Mio. USD mehr als halbiert.

Die finanzielle Situation des Landes sowie der Betriebe zeigt, dass ohne ausländische Finanzhilfen und Direktinvestitionen ein durchgreifender wirtschaftlicher Aufschwung nicht möglich sein wird. Die Auslandsverschuldung Jugoslawiens liegt mit rd. 12,2 Mrd. USD weit über dem Sozialprodukt. Der größtenteils verschlissene Kapitalstock fällt zusammen mit einer chronischen Zahlungsunfähigkeit der Betriebe. Über 26 Tsd. Betriebe mit 468 Tsd. Beschäftigten gelten als illiquide. Die ausstehenden Schulden der zahlungsunfähigen Betriebe erreichten Ende 2000 rd. 68 Mrd. Dinar, umgerechnet 2,27 Mrd. DM oder mehr als ein Viertel des Sozialprodukts.

Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Zuverlässige Angaben über die Beschäftigung liegen nur im vergesellschafteten Sektor vor, wobei berücksichtigt werden muss, dass sich viele der als Beschäftigte geführte teilweise seit Jahren in bezahlten Urlaub befinden. Hier hat die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um 1,3% von 1,735 Mio. auf 1,713 Mio. abgenommen. Im Jahresendvergleich war die Beschäftigung bereits um 2,8% auf 1,694 Mio. rückläufig, was die im Jahresverlauf sich beschleunigende negative Entwicklung zum Ausdruck bringt. Folgt man den offiziellen Angaben, waren im Privatsektor am Jahresende rd. 313 Tsd. Personen tätig. Im Jahresdurchschnitt hat die Zahl der im Privatsektor Beschäftigten nach amtlichen Angaben um 2,2% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Daraus errechnet sich eine jahresdurchschnittliche Beschäftigung im Privatsektor von 337 Tsd. Das Gewicht des Privatsektors ist allerdings noch zu gering, um die Beschäftigungsverluste im offiziellen Sektor ausgleichen zu können. In Kleinunternehmen, in denen unabhängig von der Eigentumsstruktur rd. 530 Tsd. Personen beschäftigt sind, hat die Beschäftigung um 1,9% zugenommen.

Im Jahresdurchschnitt wurden 806 Tsd. Arbeitslose registriert, am Jahresende waren es 812 Tsd. Die Arbeitslosenrate wird zum Jahresende mit

28,8% angegeben. Werden nicht registrierte Arbeitslose ebenfalls berücksichtigt, ergibt sich eine Arbeitslosenrate von über 40%. Die offizielle Arbeitslosenrate in der Teilrepublik Montenegro liegt mit 39,2% erheblich über der Serbiens (28,0%). Im Gebiet des Kosovo wird von einer Arbeitslosigkeit von rd. 70% ausgegangen. Sorgen bereitet die Struktur der Arbeitslosigkeit. 62% der Arbeitslosen sind Berufsanfänger. Dies spiegelt eine Situation wieder, in der die Arbeitsplätze der Beschäftigten relativ sicher sind. Ihr Entlassungsrisiko ist gering, sie werden bei anhaltend schlechter Auftragslage in sog. "bezahlten Urlaub" geschickt. Berufsanfänger haben dagegen kaum eine Aussicht auf einen Arbeitsplatz in der offiziellen Wirtschaft. Daraus rekrutiert sich der Nachwuchs für die Schattenwirtschaft.

Der durchschnittliche Nettolohn hat im Jahresdurchschnitt 2.588 Dinar betragen, nach 1.309 Dinar im Vorjahr. Dies bedeutet eine reale Steigerung um 6,1%. In DM ausgedrückt waren die Löhne dagegen von 107 DM auf 93 DM rückläufig. Am Jahresende lag der Durchschnittslohn bereits bei 4.318 Dinar. Die Lohnunterschiede zwischen den beiden Teilrepubliken blieben auch im Jahr 2000 ausgeprägt. In Serbien lag der Durchschnittslohn im Jahresdurchschnitt bei 2.389 Dinar, während in Montenegro 5.144 erzielt wurden.

Die Durchschnittsrente ist von 1.021 Dinar auf 1.951 Dinar gestiegen. Die Durchschnittsrente hat damit 75,4% des Durchschnittslohnes betragen. Wie bei den Löhnen sind auch bei den Ruhestandsbezügen die Unterschiede zwischen den beiden Teilrepubliken sehr deutlich: 1.794 Dinar in Serbien stehen 4.289 Dinar in Montenegro entgegen. Ein sich stetig verschärfendes Problem ist das Verhältnis der Beschäftigten im vergesellschafteten Sektor zu den Beziehern von Ruhestandseinkommen, das sich im Jahresdurchschnitt auf 1,27 verringerte. Im Vorjahr hat es noch 1,30 betragen. Die wachsende Lücke zwischen Ausgaben und Beitragseinnahmen führt zusammen mit hohen Defiziten im Staatshaushalt zur verzögerten Auszahlung der Renten. Abgesehen von Zeiten des Wahlkampfes wurden die Renten in den vergangenen Jahren regelmäßig mit einer Verspätung von mehreren Monaten ausgezahlt. Die Renten für die ehemaligen Landwirtschaftsbeschäftigten sollen bereits seit zwei Jahren ausstehen. Der Realwert der ausstehenden Renten ist etwa in den Monaten Oktober und November um rd. ein Drittel gesunken.

Die offiziell angegebenen Löhne sind zur Beurteilung der Lebensumstände breiter Schichten der Bevölkerung nur eingeschränkt aussagefähig, da zwei unterschiedliche Lohnkonzepte verfolgt wurden. Zum einen wurden die veröffentlichten Nettolöhne berechnet. Zum anderen wurde ein alternativer Nettolohn kalkuliert, der als Grundlage für Sozialtransfers diente. Die nach dem zweiten Lohnkonzept ausgewiesenen Nettolöhne lagen, da darin eine Reihe von Lohnbestandteilen nicht aufgenommen wurde,

Ende 2000 um 26% unter den offiziellen Nettolöhnen. Bis Februar 2001 hat sich die Differenz auf 26,7% ausgeweitet. Diese Methode der unterschiedlichen Nettolöhne benachteiligt damit vor allem die Schichten der Bevölkerung, die auf Transferleistungen angewiesen sind: Kinder, Arbeitsunfähige und Arme. Die Bestandteile der offiziell berechneten Nettolöhne zeigen aber auch, dass die Konsumentenfreiheit der Arbeitnehmer substanziell eingeschränkt war, da nur ein Teil der Löhne tatsächlich in Geld ausbezahlt wurde. Andere Lohnbestandteile waren etwa von den Unternehmen bezahlte Mahlzeiten, Bezahlung der Löhne in Form von Waren sowie Transport vom und zum Arbeitsplatz. Diese und weitere Lohnbestandteile dienen in erster Linie dazu, einen Teil der Löhne der Besteuerung zu entziehen.

Nach Schätzungen der Weltbank leben 46% der Menschen in absoluter Armut, d.h. sie haben weniger als einen USD am Tag zur Verfügung. Zwei Drittel der Bevölkerung muss mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen. Nach dem Konzept der jugoslawischen Regierung leben rd. 30% der Bevölkerung unter oder an der regional definierten Armutsgrenze. Zusätzlich leiden 800 Tsd. bis 900 Tsd. Flüchtlinge unter einem Mangel am Lebensnotwendigsten.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die konsolidierten Haushaltseinnahmen summierten sich 2000 auf 89,83 Mrd. Dinar. Das entspricht realen Mehreinnahmen von 3,3% gegenüber dem Vorjahr. Die Sozialkassen haben mit 49,75 Mrd. Dinar dagegen real um 6,1% weniger eingenommen als im Vorjahr. Die gesamten öffentlichen Einnahmen beliefen sich somit auf 139,6 Mrd. Dinar. Das Defizit im Staatshaushalt, über das keine amtlichen Angaben gemacht werden, wird auf 3,7% vom BIP geschätzt. Werden alle Zahlungsrückstände (v.a. Renten und Kindergeld) berücksichtigt, erhöht sich das Defizit im konsolidierten Staatshaushalt nach Angaben der Regierung auf 8 bis 10% vom BIP. Die Struktur der Staatseinnahmen zeigt erhebliche Ungleichgewichte auf. Steuern tragen 51,3% zu den gesamten Staatseinnahmen bei. Die Umsatzsteuer ist mit 32% der wichtigste Posten, gefolgt von Einkommenssteuern (17,9%) und Realsteuern (1,4%). Von den Einkommenssteuern entfallen 92% auf die individuelle Einkommensbesteuerung und nur 8% auf die Unternehmensbesteuerung, was v.a. auf die schlechte finanzielle Verfassung der Betriebe zurückzuführen ist, aber auch auf eine Reihe von Ausnahmetatbeständen. 9,1% der Staatseinnahmen entfallen auf Zolleinnahmen. Den Verpflichtungen der Sozialversicherungen stehen dagegen völlig unzureichende Einnahmen gegenüber.

Das Steuersystem ist bereits mit Wirkung 2001 drastisch vereinfacht worden. Aus weit über 200 Ein-

zelabgaben wurden 7 Steuern; die Steuersätze sind dabei gesenkt worden. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 17% löst die 11 verschiedenen Umsatzsteuersätze aus der Vergangenheit ab. Bereits für das nächste Jahr ist die Einführung einer Mehrwertsteuer geplant. Ebenfalls gesenkt wurden die Lohnnebenkosten.

Die Fiskalpolitik im ersten Quartal des laufenden Jahres basiert auf einem konsolidierten Budgetansatz, der sowohl den föderalen, den serbischen und die lokalen Haushalte als auch die Sozialversicherungen beinhaltet. Alle Ausgaben werden durch Einnahmen gedeckt, mit Ausnahme eines möglichen Überbrückungskredits in Höhe von 500 Mio. Dinar. Die graduelle Liberalisierung noch verbliebener administrierter Preise soll die Ausgaben begrenzen. In der Periode von April bis Dezember 2001 sollen alle außerbudgetären Ausgaben in den offiziellen Haushalt integriert werden, um die dringend erforderliche Transparenz herzustellen. Nicht im offiziellen Haushalt erfasste Ausgaben sind etwa die Unterstützung der Armee der Serbischen Republik in Bosnien-Herzegowina und die kostenlose Ausbildung der Offiziere dieser Armee in der jugoslawischen Offizierschule. Der Staatshaushalt soll durch einen Abbau der Zahl der Bundesbediensteten entlastet werden, der mit 10 bis 15% angegeben wird. Es ist zu vermuten, dass dies aber zunächst die Sozialkassen belasten wird.

Es ist geplant, den Staatsanteil am BIP um einige Prozentpunkte zu reduzieren. Die Ausgaben werden durch die Einnahmen determiniert. Die Unternehmen sollen keine weichen Kredite mehr erhalten, weder direkt noch über das Bankensystem, und die Energiepreise werden schrittweise auf Weltmarktniveau geführt. Im Bundeshaushalt wird von der Regierung ein Haushaltsdefizit von 22 Mrd. Dinar erwartet. 10 Mrd. Dinar sollen durch Privatisierungserlöse gedeckt werden, der Rest durch erwartete Haushalts-hilfen der internationalen Gemeinschaft.

Inflation und Geldpolitik

Die Konsumentenpreise haben sich im Jahresdurchschnitt um 85,6% erhöht, im Jahresendvergleich sind sie dagegen um 115,3% gestiegen. Die Einzelhandelspreise sind im Jahresdurchschnitt um 75,7% gestiegen. Im Dezember 2000 lagen sie um 113,3% höher als vor Jahresfrist, was auch hier eine deutliche Beschleunigung der inflationären Entwicklung im Jahresverlauf anzeigt. Allerdings ist der größte Teil der Preissteigerungen auf die Monate Oktober und November zurückzuführen, als die Einzelhandelspreise gegenüber dem jeweiligen Vormonat um 26,4% bzw. 16,9% als Folge einer ungeordneten Liberalisierung der Preise noch durch das alte Regime gestiegen sind. Im Dezember ist die monatliche Preissteigerungsrate bereits wieder auf 3% zurückgegangen, eine Rate, die auch in den ersten beiden

Monaten des laufenden Jahres realisiert wurde. Die Zielrate der Regierung von 30% für 2001 bleibt damit zwar in Reichweite, Experten gehen aber von einer höheren Inflation von 40 bis 50% aus.

Die Produzentenpreise in der Industrie sind mit jahresdurchschnittlich 106,5% stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten bzw. die Einzelhandelspreise. Auch hier zeigt der Jahresendvergleich (142,5%) eine beschleunigte inflationäre Entwicklung im Jahresverlauf an, die sich jedoch mit einmaligen Preisniveauerhöhungen als Folge der Preisliberalisierung erklären lässt.

Kurz nach dem Machtwechsel in Belgrad wurde der Notenbank eine weitgehende Unabhängigkeit per Gesetz gesichert. Der Gouverneur der Notenbank legt die Geldmenge fest und erhält die Kontrolle über die Geschäftsbanken. Zudem ging die Kompetenz zur Festsetzung des Wechselkurses von der Regierung auf die Notenbank über.

Der Wechselkurs des Dinar wurde im Oktober 2000 von 6:1 gegenüber einer DM auf 30:1 angepasst und blieb seitdem konstant. Zudem wurde das System der multiplen Wechselkurse am Jahresanfang 2001 zugunsten eines einheitlichen Wechselkurses aufgegeben. Die Stabilität der Währung ist auch auf gestiegene Währungsreserven zurückzuführen, die von 200 Mio. USD in 1999 auf 520 Mio. USD in 2000 und im Januar 2001 bereits auf 890 Mio. USD gestiegen sind. Ausländische Währung kann in den Wechselstuben zum festgestellten Wechselkurs ohne Probleme in Dinar getauscht werden und umgekehrt.

Die Geldmenge M1 hat sich in 2000 um rd. 60% auf knapp 30 Mrd. Dinar erhöht. Damit blieb die Erhöhung der Geldmenge deutlich hinter der Entwicklung der Preise zurück. Zudem hat am Jahresende der Anteil von Bargeld an M1 nur noch knapp 35% betragen, vor Jahresfrist waren es noch 41%. Der gewichtete monatliche Zinssatz lag 2000 im Jahresdurchschnitt bei 5,84%. Die monatlichen Zinsen sind bis März 2001 auf 5,09% zurückgegangen, ein deutlicherer Rückgang der Zinsen ist bis auf weiteres hingegen nicht zu erwarten, da die Geldmenge M1 bis Mitte April um über 22% zugenommen hat.

Eine gänzlich andere Währungspolitik verfolgt man in der Teilrepublik Montenegro. Hier ist die DM seit Mitte November 2000 das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel. Zuvor war die DM bereits Parallelwährung. Die Inflationsrate blieb in Montenegro mit 19,8% weit unter dem jugoslawischen Wert.

Außenwirtschaft

Die jugoslawischen Einfuhren erhöhten sich im Jahr 2000 um 12,6% auf 3,66 Mrd. USD. Die Ausfuhren nahmen zwar um 15% auf 1,71 Mrd. USD zu, dennoch erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit auf 1,95 Mrd. USD, nach einem Defizit von 1,8 Mrd. USD im Vorjahr. Das Importdeckungsverhältnis beträgt nur knapp 47%.

Wichtigster Exportmarkt war Bosnien-Herzegowina (mit der Serbischen Republik), das 15,1% der Ausfuhren aufnahm, vor Italien und Mazedonien mit 13,4% bzw. 13,2%. An nächster Stelle folgen Deutschland und Russland mit 11,3% bzw. 5,5%. Auf die fünf größten Exportmärkte entfiel ein Anteil von 58% an den gesamten Exporten. Jugoslawien verzeichnet nach eigenen Angaben nur im Warenaustausch mit Bosnien-Herzegowina und Mazedonien einen Überschuss. Auf der Importseite dominieren Deutschland und Italien mit Anteilen von 13,6% bzw. 10,4% vor Russland mit 9,2%. Die Nachbarländer Bosnien-Herzegowina und Mazedonien folgen mit 4,4% bzw. 3,8% mit großem Abstand. Die wenig zuverlässige Datenbasis lässt sich an dem Umstand illustrieren, dass auch Mazedonien, abweichend von den jugoslawischen Angaben, einen beträchtlichen Überschuss im Handel mit Jugoslawien ausweist.

Das wichtigste Exportgut war Aluminium, auf das alleine 7,4% der Ausfuhren entfielen, vor landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Holz und Arzneimitteln. Die Ausfuhr von Aluminium hat gegenüber dem Vorjahr um 57,1% zugenommen. Angesichts des hohen Anteils von Energie bei der Aluminiumproduktion und der Energieknappheit im Lande kommt diese Entwicklung überraschend und deutet auf eine volkswirtschaftlich nicht rationale Verwendung knapper Ressourcen hin. Bei der Einfuhr entfielen 12% auf Kraftstoffe, gefolgt von Chemieerzeugnissen, Kraftfahrzeugen und Erdgas.

Im ersten Quartal 2001 sind die Exporte gegenüber der Vorjahresperiode um 13,6% gestiegen, während die Importe um lediglich 10,5% zunahm. Serbien hat dabei die Exporte um 15,3% steigern können, während Montenegro nur auf ein Plus von 3,4% kam. Die Exporttätigkeit hat somit unter der realen Aufwertung des Dinar bislang nicht gelitten. Die Importe nach Serbien erhöhten sich um 17%, wogegen die Importe nach Montenegro um 62,8% rückläufig waren. In regionaler Hinsicht hat im ersten Quartal des laufenden Jahres eine bemerkenswerte Umlenkung der Handelsströme stattgefunden. Der wichtigste Exportmarkt war Italien vor Deutschland. Die Länder der EU haben damit die Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens, Mazedonien und Bosnien-Herzegowinas abgelöst. Dieses sollte ein Resultat des bevorzugten Zugangs zum EU-Markt sein. Auf der Importseite hat im ersten Quartal Russland die führende Position eingenommen, vor Deutschland und Italien. Die Importe von Energie wurden durch Finanzhilfen der Staatengemeinschaft bezahlt.

Im Handel mit Deutschland verzeichnet Jugoslawien traditionell ein Defizit. Im Jahr 2000 wurden Güter im Wert von 963 Mio. DM aus Deutschland bezogen, denen nur Exporte in Höhe von 423 Mio. DM gegenüber standen. Die Importe aus Deutschland haben sich gegenüber dem Vorjahr um 50% erhöht, während die Exporte nur um 19,8% gesteigert werden konnten. Das Defizit im jugoslawischen

Deutschlandhandel hat sich damit um 86% erhöht. Die geplante Wiedereinführung von Hermes-Bürgschaften dürfte dem deutsch-jugoslawischen Warenaustausch weiteren Auftrieb geben und das jugoslawische Defizit erhöhen.

Das Zahlungsbilanzdefizit blieb angesichts des hohen Handelsbilanzdefizits mit 1,3 Mrd. USD im Rahmen der Erwartungen. Gegenüber dem Vorjahr hat es sich sogar um 3,2% vermindert.

Die Auslandsverschuldung wird mit 12,2 Mrd. USD angegeben. Davon entfallen 39,1% auf den Pariser Club, 24% auf den Londoner Club sowie 21,6% auf multilaterale Institutionen. Auf China, Russland und Libyen entfallen zusammen 5,1%. Die Bedienung der Schulden würde 600% der Exporteinnahmen verschlingen, da der größte Teil der Schulden fällig bzw. längst überfällig ist. Den Umschuldungsverhandlungen mit dem Londoner bzw. Pariser Club sowie den internationalen Finanzinstitutionen kommt daher hohe Priorität zu. Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage wurde dem Land sofort nach der Aufnahme in den IWF eine Dringlichkeitshilfe in Höhe von 151 Mio. USD zur Verfügung gestellt. Die EU hat seit Oktober 2000 rd. 200 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Weitere Finanzhilfen kamen aus den EU-Staaten, den USA, Japan u.a.m. Die Geberkonferenz für Jugoslawien, die für den 1. Juni in Brüssel anberaumt war, ist wegen der Weigerung, Kriegsverbrecher an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag auszuliefern, verschoben worden. Die jugoslawische Regierung erhofft sich von der Konferenz Zusagen über eine Mrd. USD. Der jugoslawische Präsident hat inzwischen einer Auslieferung Milosevics an das Kriegsverbrechertribunal zugestimmt. Jedoch ist die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine Auslieferung von Kriegsverbrechern am Widerstand der in der Regierungskoalition vertretenen Sozialistischen Volkspartei Montenegros gescheitert. Jede Verzögerung beeinträchtigt auch den Zufluss substanzieller ausländischer Finanzhilfen und damit das Einsetzen eines wirtschaftlichen Aufschwungs.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Die Wahlen in Serbien im Dezember 2000 mit dem Sieg des Parteienbündnisses DOS haben dazu geführt, dass eine reformorientierte Wirtschaftspolitik sowohl auf Bundes- wie auf Republikenebene durchgeführt werden kann. Andererseits verfolgt die Teilrepublik Montenegro eine eigene Wirtschaftspolitik. Am deutlichsten wird dies durch die Einführung der DM als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die Regierung in Podgorica führt keine Steuern und Zölle nach Belgrad in den Bundeshaushalt ab, und der Warenaustausch zwischen den beiden Teilrepubliken wird durch Zollgrenzen behindert. Bei den Parlamentswahlen in Montenegro im April des lau-

fenden Jahres haben die Befürworter einer Abspaltung von Jugoslawien aber nicht die erhoffte Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht, die sie für ein Referendum über die Unabhängigkeit Montenegros für notwendig erachteten. Damit scheint der Austritt Montenegros aus der BR Jugoslawien und die staatliche Unabhängigkeit, die bei der internationalen Staatengemeinschaft auf wenig Gegenliebe trifft, vorerst abgewendet. Fraglich ist jedoch der Modus der künftigen Zusammenarbeit zwischen den beiden Teilrepubliken. Ebenfalls keine Kontrolle kann Belgrad über das Gebiet des Kosovo ausüben. Hier sind für Oktober 2001 Parlamentswahlen geplant. Doch auch danach werden die wichtigsten Entscheidungen und die Grundzüge der Wirtschaftspolitik von der UN-Verwaltung getroffen werden. Eine staatliche Selbständigkeit des Kosovo ist nicht zu erwarten, dennoch bleibt die Zugehörigkeit zur BR Jugoslawien rein formal und ohne praktische Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik der beiden Gebiete. Auch das Kosovo ist von Jugoslawien durch Zollgrenzen getrennt. Die nachfolgenden Angaben beziehen sich also, falls nicht anders angegeben, auf das Gebiet der Teilrepublik Serbien.

Die jugoslawische Regierung hat ein umfassendes Reformpaket vorgelegt, das seit Anfang 2001 gemeinsam mit der neu gebildeten serbischen Regierung verfolgt wird. Die erste Phase beinhaltete die Normalisierung der Beziehungen zu der internationalen Staatengemeinschaft und zu den multinationalen Finanzinstitutionen. Dies führte unmittelbar zur Aufhebung der Sanktionen gegen Jugoslawien. Damit war auch der Weg frei für bilaterale Finanzhilfen sowie Finanzhilfen des IWF. Ein umfassendes Finanzpaket wird jedoch erst auf der Geberkonferenz für Jugoslawien in Brüssel geschnürt werden. Stand in der ersten Phase nach dem Sturz Milosevics das physische Überleben der Bevölkerung im Vordergrund, für das die Staatengemeinschaft 500 Mio. USD an humanitärer Hilfe aufgebracht hat, sollen in der nun anlaufenden Phase die infrastrukturellen Grundlagen für eine wirtschaftliche Erholung mit Hilfe ausländischen Kapitals geschaffen werden. Die jugoslawische Regierung will dazu auf der Geberkonferenz in Brüssel eine Liste von kurz- und mittelfristigen Projekten mit einem Investitionswert in Höhe von 12 Mrd. USD vorlegen.

Das Herzstück der Wirtschaftsreformen bildet die Privatisierung von Betrieben in staatliches oder gesellschaftliches Eigentum. Der Privatsektor nimmt sich in den Statistiken durchaus beeindruckend aus. Von den insgesamt rd. 183 Tsd. im September 2000 statistisch erfaßten Unternehmen im gesamten Gebiet der BR Jugoslawien (einschließlich Montenegro und Kosovo) befinden sich knapp 170 Tsd. in Privatbesitz, darunter 666 im Besitz ausländischer Kapitalgeber. Der größte Teil der Privatunternehmen ist in den Bereichen Handel und kleine Dienstleistungen zu finden. Die Privatwirtschaft trägt zum BIP nach verschiedenen Quellen nur zwischen 25% und 35%

bei. Ein großer Teil davon wird in der bäuerlichen Landwirtschaft realisiert. Der Privatanteil am Kapital ist mit rd. 5% sogar noch weit geringer. Innerhalb von 4 Jahren soll der größte Teil der staatlichen Unternehmen (rd. 7000) in private Hände überführt werden. Bei diesen handelt es sich i.d.R. um große Betriebe. Die in den neunziger Jahren verfolgten Ansätze einer reinen Insider-Privatisierung werden nach den schlechten Erfahrungen damit nicht wieder aufgenommen. Ziel ist es, die Belange der Beschäftigten ebenso zu berücksichtigen wie möglichst einen Mehrheitseigner zu finden. Dazu werden verschiedene Privatisierungsmodelle kombiniert. Grundsätzlich sollen in, wie ausländische Investoren bis zu 75% der Unternehmen übernehmen können; daneben werden Elemente der Voucher-Privatisierung enthalten sein. Zunächst sollen die zu privatisierenden Firmen in drei Gruppen eingeteilt werden: 150 "strategische" Unternehmen, 600 bis 700 kommunale Betriebe und rd. 4.000 weitere große und mittlere Unternehmen. Für die strategischen Betriebe soll ein strategischer Investor gefunden werden, der bis zu 75% dieser Großbetriebe übernehmen kann. Der Rest wird auf dem Kapitalmarkt, der freilich noch völlig unterentwickelt ist, an Beschäftigte und Dritte verkauft. Insbesondere bei strategischen Unternehmen ruhen die Hoffnungen auf ausländischem Kapital. Interesse besteht an drei Zementwerken und im Telekommunikationssektor. Außerdem gehören Unternehmen im Energiesektor und der Ölindustrie zu dieser Gruppe. Die Regierung hofft in diesem Jahr auf Einnahmen aus der Privatisierung in Höhe von 10 Mrd. Dinar oder 330 Mio. DM. Die Privatisierung soll innerhalb von vier Jahren abgeschlossen sein. In mehr als 600 Betrieben mit einem Buchwert von über einer Mrd. USD sind die Vorbereitungen für eine Privatisierung bereits angefallen. Bei dem Großteil der Betriebe aus den anderen beiden Gruppen dürfte es allerdings schwierig sein, strategische Investoren zu gewinnen. Hier ist mit einer die Entwicklung hemmenden Insider-Dominanz zu rechnen. Da es zudem keine verbindlichen Termine für die Privatisierung geben soll, wird es zu einer Negativauslese kommen, wobei die schlechtesten Unternehmen in staatlichem Besitz verbleiben.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft, deren erster Schritt in der Privatisierung besteht, kann nur mit einem leistungsfähigen Bankensystem gelingen. Dieser Herausforderung sind die Banken in Jugoslawien derzeit nicht gewachsen, vielmehr gilt der Zustand des Bankensektors als Besorgnis erregend. Die Höhe der uneinbringbaren Kredite wird auf rd. 10 Mrd. USD geschätzt. Ein großer Teil dieser Kredite müsste bei einer Restrukturierung des Bankensektors vom Staat übernommen werden. Allein von Januar bis Oktober 2000 summierten sich die Verluste des Bankensektors auf 4,3 Mrd. Dinar. Von den über 80 Banken können vermutlich nur etwa 10 überleben. Die stark fragmentierte Bankenlandschaft wird

allerdings von drei Instituten beherrscht die drei Viertel der Bilanzsumme, des Kapitals und Beschäftigung auf sich vereinen. Nach den Erfahrungen in anderen Transformationsstaaten stellen die Besitzverhältnisse für die Umstrukturierung eine Belastung dar. Die Banken befinden sich zumeist mehrheitlich im Besitz von großen Unternehmen aus der Industrie, womit auch der Umfang der faulen Kredite erklärt werden kann. Inzwischen hat die erste ausländische Geschäftsbank, ein österreichisches Institut, eine Lizenz beantragt und wird vermutlich im September die Arbeit aufnehmen. Eine Bank aus Frankreich hat von der Zentralbank ebenfalls eine Lizenz erhalten. Bis Jahresende sollen noch zwei weitere ausländische Banken Lizenzen erhalten, allerdings soll die Vergabe zukünftig restriktiver erfolgen – Interessenten aus dem Ausland sollen sich an einheimischen Kreditinstituten beteiligen. Das Engagement von ausländischen Banken ist jedenfalls geeignet, das Vertrauen in den Bankensektor wieder herzustellen. Nur etwa ein Prozent der Aktiva der einheimischen Banken besteht aus neuen Spareinlagen.

Die Privatisierung der Unternehmen und Sanierung der Banken sind nur zwei, wenn auch besonders wichtige Bausteine im Reformprozess. Es existieren wenige Strukturen, auf die sich aufbauen

lässt, was den Reformprozeß zwangsläufig verlängert. Neben dem Umbau der Verwaltung und der Justiz gilt es v.a., einen tragfähigen Unterbau für die Wirtschaft in Gestalt von kleinen und mittleren Unternehmen zu schaffen. Dieses wird auch von der EU durch Beteiligung der EBRD an der Microfinancebank (MFB) gefördert. Die MFD spezialisiert sich auf Kredite zwischen 500 USD und 100.000 USD über eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten an kleine und mittlere Unternehmen. Von den insgesamt 183 Tsd. Unternehmen im gesamten Gebiet der BR Jugoslawien, d.h. einschließlich Montenegro und Kosovo (Stand September 2000), sind rd. 170 Tsd. in Privatbesitz. Die Beschäftigung in Unternehmen in Privatbesitz sowie in kleinen Unternehmen ohne Ansehen der Besitzverhältnisse summierte sich im Jahresdurchschnitt auf 530 Tsd. Es handelt sich also v.a. um Kleinstbetriebe, zum größten Teil um Ein-Mann-Betriebe im Handel und Dienstleistungen. Mittelständische Unternehmen fehlen dagegen fast völlig.

WALTER GRUBER

Bundesrepublik JugoslawienFläche: 102,35 Tsd. km², Bevölkerung: 8,4 Mio.**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren**

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. Dinar	68,98	90,38	127,19	163,47	321,0	.
BIP	Mrd. USD	16,48	18,17	18,49	16,45	9,75	.
BIP, real,	Veränd. gg. Vorj.,%	5,9	7,4	2,6	-19,3	8,4	5
BIP pro Kopf	USD, amtl. Wechselkurs	1545	1455	1454	1315	1160	.
Kaufkraftparität	
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj.,%	7,5	9,5	3,6	-23,1	10,9	.
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj.,%	1,3	7,2	-4,0	1,2	-19,7	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj.,%	2,7	-3,0	-5,0	-21,0		.
Struktur							
Industrie	% des BIP	.	.	.	37,8	.	.
Landwirtschaft	% des BIP	.	.	.	19,3	.	.
Bauwesen	% des BIP	.	.	.	6,0	.	.
Dienstleistungen	% des BIP	.	.	.	36,9	.	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	.	35	.	35	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	.	.	15	16	17	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj.,%	-5,7	0,8	-2,2	.	.	.
Investitionsquote	% des BIP
Zufluß von Direktinvest.	Mio. USD	0	740	113	112	50	300
darunter aus Deutschland	Mio. USD	.	70	81	-55	.	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte	Mio. Personen	2,243	2,175	2,285 ³	2,064	2,050	.
in der Industrie	% d. Besch.	.	.	35	33	33	.
im Staatssektor	% d. Besch.	89	90	83	84	83	.
Arbeitslosenquote	% (offiziell)	25,7	25,9	27,1	27,3	28,8	32
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2	Veränd. gg. Vorj.,%	16	26	.	53	60 ¹	.
Zinssatz	%, Typ (Diskontsatz)	68	33,7	34,5	26,8	26,8	.
Realzins	%, Typ (short-term)	25	25	.	.	97	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise	Veränd. gg. Vorj.,%	95	18,5	29,8	42	85,6	40
Industriegüterpreise	Veränd. gg. Vorj.,%	90	19,5	25,4	44,1	106,5	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne	Veränd. gg. Vorj.,%
Reallöhne	Veränd. gg. Vorj.,%	2,7	21	2,6	-22,4	6,1	.
Privater Verbrauch	Veränd. gg. Vorj.,%
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj.,%	7,5	11,3	4,5	-19,9	8,3	.
Sparquote	% des BIP

Bundesrepublik Jugoslawien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn,	USD, amtl. Wechselkurs	160	160	113	108	78	.
brutto		.	.	.	170	.	.
Kaufkraftparität							
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	.	.	85	78	75	.
Haushalte unter der Armutsgrenze	%	20	30	30	50	46	.
Öffentliche Haushalte (konsolidiert)							
Einnahmen	Mio. YUN	35941	47455	61360	79321	139590	.
Ausgaben	Mio. YUN	39044	55315	70739	.	.	.
Budgetsaldo	Mio. YUN	-3103	-7860	-9379	.	.	.
Budgetsaldo	% des BIP		-7,0	-6,1	-8,4	-3,7	-1,8
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	2017,5	2677,2	2833,5	1498	1713	.
Import	Mio. USD	4118	4826,3	4806,2	3296	3662	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-2100,5	-2149,1	-1972,7	-1798	-1949	-1800
Anteile wichtiger Handels- partner							
Export nach							
EU	% der Exporte	34	.	35	34	.	.
Deutschland	% der Exporte	13	.	12	11	11,3	.
GUS	% der Exporte
Russland	% der Exporte	4	.	5,7	5	5,5	.
CEFTA	% der Exporte
Import aus							
EU	% der Importe	39	.	40	38	.	.
Deutschland	% der Importe	15	.	12	12	13,6	.
GUS	% der Importe
Russland	% der Importe	8	.	11,3	8	9,2	.
CEFTA	% der Importe
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	729	1073,6	1043,3	642	963	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	245	584,8	684	352	423	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	484	488,8	395,3	290	540	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-1650	-2000	-1800.	-1340	.	.
	% des BIP (USD)	-9,6	-13,9	-11,9	-	.	.
Währungsreserven	Mio. USD	250	300	300	200	520	.
Wechselkurs	Dinar/USD	4,95	5,59	9,34	11,04.	33	.
Realer Wechselkurs	Veränd. gg. Vorj.,%
Terms of Trade	Index 1990=100
Auslandsverschuldung,							
brutto	Mrd. USD, Dez.	11,5	11,8	12,2	12,6	12,2	.
netto	Mio. USD, Dez.
Schuldenquote, netto	% des BIP
Schuldendienstquote	% der Exporte

* Prognose; ** Schätzung; ¹ M1.

Quellen: Nationale Statistiken; Yugoslav Survey; BfAi; WIIW, EBRD, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Presseberichte, Investmentbank Austria Research; Ekonomski Pregled, G 17.